
Der Nationalismus als Erinnerungslücke und Herrschaftsinstrument

Karl Aiginger

1. Renationalisierung und Populismus

»Give me my country back« tönt es durch Straßen und Medien in Europa und in den USA. Populistische Politiker versprechen, das jeweils eigene Land durch nationalistische Politik so stark und erfolgreich zu machen wie früher (»great again«). Nationalismus und Abschottung vom Ausland sind für schwache Politiker von unschätzbarem Vorteil, weil nun jedes Politikversagen und alle undemokratischen Maßnahmen durch einen Außenfeind gerechtfertigt sind.

Die Forderung nach einer Renationalisierung der Politik ist in Europa besonders gefährlich, weil die Geschichte gezeigt hat, dass der Nationalismus rasch zu politischen Konflikten und zu militärischen Auseinandersetzungen führt (Abschnitt 2). Erst die europäische Integration hat aus einem zerstrittenen Kontinent eine Friedenszone gemacht, einen gemeinsamen Wirtschafts- und Forschungsraum, eine Währung für mehr als 330 Millionen Europäer. Die Spaltung zwischen den Marktwirtschaften im Westen und den von der Sowjetunion dominierten Planwirtschaften im Osten konnte überraschend schnell überwunden werden. Ohne gemeinsame Politik verliert aber jedes einzelne europäische Land an Bedeutung, weil die Weltwirtschaft rascher wächst. Große europäische Staaten produzieren weniger als 5% der Weltwirtschaftsleistung, kleine weniger als 1%. Gemeinsam ist die EU der größte Wirtschaftsraum der Welt und kann globale Regeln mitbestimmen.

Das Projekt Europa ist zu seinem 60. Geburtstag in essentieller Gefahr. Die USA betrachten Europa seit der Einführung des Euro als unwillkommene Konkurrenz, Russland versucht jeden Konflikt zu nutzen, um den Einfluss der früheren Sowjetunion zurückzugewinnen. Populisten und Nationalisten in vielen Mitgliedsländern nutzen echte Probleme und falsche Illusionen zu einem Forderungsbündel, das die

Lebensqualität verschlechtern und gleichzeitig autoritäre Regime und Militarisierung rechtfertigen würde (Abschnitt 3). Wir skizzieren eine proaktive, zukunftsorientierte Antwort auf die Herausforderungen: Europa braucht eine neue Leitidee, muss Arbeitslosigkeit und Ungleichheit senken, die Technologieführerschaft bei neuen Energien anstreben (Abschnitt 4). Dafür sollte Europäische Politik nationale Innovationen und Präferenzen nutzen und wirksamer machen (Befähigungs- oder Empowerment-Strategie; Abschnitt 5). Möglichkeiten und Gefahren eines Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten werden skizziert (Abschnitt 6), Methoden werden vorgeschlagen, den Nachbarschaftsgürtel zu stabilisieren und seine potenzielle Dynamik wiederherzustellen (Abschnitt 7), bevor wir zusammenfassen (Abschnitt 8).

2. Das erfolgreiche Friedensprojekt

Das Urteil nach 60 Jahren ist eindeutig: die europäische Einigung ist ein Erfolgsprojekt von historischer Dimension. Zitieren wir dafür keine Europäer, nicht den Friedensnobelpreis, nicht die Zahl der Mitglieder der EU, sondern überlassen wir die Wertung US-Ökonomen. Die Mehrzahl der US-Amerikaner bezeichnet Europa gerne als »failed project« und wollte von Beginn an die Entwicklung des Euro zu einer stabilen Weltwährung als Utopie abtun.

Jeffrey Sachs (2008) bewundert die hohe Lebenserwartung und die geringere Säuglingssterblichkeit, lobt das Fehlen einer »Unterklasse« und begrüßt den Versuch, bei Konflikten nicht Bomben zu werfen, sondern zu verhandeln.

Kenneth Arrow (2016) mahnt Europäer und Analysten¹, nicht zu ungeduldig mit den holprigen Reformen zu sein: Europa sei die erste globale Region, die nicht durch Eroberung oder Inbesitznahme eines leeren Territoriums entstanden ist, sondern durch demokratischen Beschluss von 28 Nationen mit eigener Tradition und Geschichte.

Die Weltbank bezeichnet die EU als Integrationsmaschine, weil es ihr gelungen ist, eine große Ländergruppe mit einem unterschiedlichen Wirtschaftssystem innerhalb von 20 Jahren zu integrieren. Die Einkommen der neuen Mitglieder wurden – nicht stetig, nicht im Gleichschritt, aber doch – schneller als in jedem anderen Integrationsprozess an das höhere Niveau der Marktwirtschaften herangeführt. (*Gill Raiser*; 2012).

China untersucht gerade, wie man als neue Großmacht die Sympathiewerte einer Soft Power gewinnen kann, wie sie Europa offensichtlich besitzt (*The Economist*, 25. März, 2017). Es realisiert, dass seine Größe, die Exportkapazität und der Kauf von Firmen, Häfen und Bahnhöfen, nicht immer mit Sympathie betrachtet werden, besonders auch angesichts der verbleibenden autoritären Strukturen. Die Marketingoffensive Chinas umfasst den Auftritt von Präsident Xi am Weltwirtschaftsforum Davos im Jänner 2017, auf dem er die Globalisierung verteidigt und versprochen hat, den Kampf gegen den Klimawandel zu intensivieren. Chinesische Investoren kaufen gleichzeitig nicht uneigennützig aber doch oft hilfreich die katastrophal gemanagten Häfen Griechenlands, errichten Logistikzentren in Spanien und planen eine neue Seidenstraße. Sollte US-Präsident Trump seine angekündigte Politik des Rückzugs aus internationalen Abkommen durchziehen, dann ist China bereit – im Gegenzug zu mehr Einfluss- auch das Geld zu ersetzen, das die USA aus Friedensmissionen, Klimapolitik und internationalen Organisationen abzieht.

3. Europa ist 2017 in dreifacher existenzieller Gefahr

Erstens findet US-Präsident Donald Trump den Brexit und jeden weiteren *Austritt* eines EU-Mitgliedslandes »fantastisch«.

Zweitens schürt Russlands Präsident Wladimir Putin jeden möglichen *nationalen Konflikt*. Russland erhebt Ansprüche basierend auf historischen Grenzen, etwa der ehemaligen UdSSR, mit Hinweis auf eine russisch sprechende Minderheit (die teilweise wirklich diskriminiert ist) oder die Zugehörigkeit eines Landes zur »slawischen Familie« (Panslawismus). Es hilft, alte Feindbilder² wieder auszugraben. Jede Instabilität macht den Beitritt eines Landes zur EU unwahrscheinlicher und führt durch soziale Medien und manchmal auch durch kleine finanzielle Hilfen unterstützt zu einer engeren Bindung an Russland.

Drittens nützen *Populisten und Nationalisten* in vielen europäischen Ländern echte Probleme und falsche Illusionen von früherer Stärke und Reichtum zu parlamentarischen Gewinnen. Im Falle einer gelungenen Machtübernahme (auch nur durch eine starke Minderheit bei zerstrittenem Rest) wird sie mit undemokratischen Methoden (Gleichschaltung von Medien, Richtern, NGO's) und den Aufbau von Feindbildern (Flüchtlinge, Brüssel) zementiert. Besonders überraschend sind autoritäre Regime mit großer Sympathie für Wladimir Putin in zentral- und osteuropäischen Ländern, die unter russischer Besatzung und Fremdbestimmung gelitten haben (Polen, Ungarn, Slowakei).

4. Die aktive Antwort: Europa verbessern

Populismus und neue Nationalisierungsbestrebungen basieren auf Problemen, die Europa tatsächlich vernachlässigt. Diese Wurzeln der Unzufriedenheit müssen erkannt und Lösungsansätze erarbeitet werden – das europäische Modell muss verbessert werden. Eine neue Mission und gemeinsame Ziele Europas müssen herausgearbeitet und bürgernah kommuniziert, Erfolge und Probleme messbar gemacht werden. Die Mitgliedsstaaten müssen vereinbaren, was auf europäischer Ebene geschieht und was die nationale Politik dazu beitragen kann und muss.

Passive Maßnahmen wie die Abfederung der Kosten von Veränderungen durch Geldzahlungen, der Schutz von Monopolen und Partikularinteressen und temporäre Zäune machen – wenn überhaupt – erst Sinn, wenn man weiß, ob es nicht gerade Beharrungskräfte, Strukturkonservierung und fehlende Mobilität sind, die die Lebensbedingungen verschlechtern. Das muss offen diskutiert werden, auch wenn Wahlen vor der Tür stehen (was permanent der Fall ist).

Prioritäten auf der Zielebene

Auf der Zielebene muss Europa erstens der Arbeitslosigkeit und der Ungleichheit eine größere Bedeutung zumessen. Europa kann sich nicht als Soziale Marktwirtschaft bezeichnen, wenn die Jugendarbeitslosigkeit 20% in einigen Ländern bis 50% beträgt und wenn der Jobverlust ab dem 40. Lebensjahr eine entwürdigende Abhängigkeit von Sozialleistungen und in der Folge Altersarmut bedeutet. Die Notwendigkeit einer europäischen Integration ist nicht erklärbar, wenn die Einkommensunterschiede innerhalb der meisten Länder steigen und zwischen Regionen zehn zu eins betragen.

Zweitens kann Europa sich nicht als ökologisches Modell verstehen, wenn Autos im Straßentest ein Vielfaches der Emissionen in die Luft jagen, die mit der Gesundheit von Kindern vereinbar und auch gesetzlich fixiert sind. Subventionen für fossile Energie dürfen nicht länger höher sein als für erneuerbare, Gebäude nicht zuerst billig gebaut und dann isoliert werden. Der Emissionshandel darf nicht zusammenbrechen, weil die Hauptverschmutzer zuerst ausgenommen bleiben und dann Reformen verhindern.

Europa muss dynamischer und stabiler werde. Fast zehn Jahre nach einer Finanzkrise die vorwiegend in den USA verursacht wurde sind Konsum und Investitionen so schwach, dass die Wirtschaftsleistung gerade wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Die Bankenstabilisierung verzögert sich, eine Finanztransaktionssteuer ist praktisch gescheitert, Südeuropa spart bei Löhnen und Ausbildung der Jugend, behindert Firmengründungen, aber investiert nicht in neue Produkte oder Solar-Energie.

Eine Vision und ihre drei Pfeiler

Europa braucht eine Vision, die ähnlich überzeugt wie die Friedensmission vor 60 Jahren. Europa könnte sich zum Ziel setzen, zur *Region mit der höchsten Lebensqualität* zu werden, die erste »Beyond-GDP-Region« der Welt. Dieses neue Erfolgsmaß umfasst die unmittelbaren Lebensumstände der Menschen besser – verglichen mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.³ Auch für »Lebensqualität« sind Effizienz und wirtschaftlicher Erfolg ein wichtiger Pfeiler, aber nunmehr gemessen an den mittleren Einkommen und nicht an den Topeinkommen. Der zweite Pfeiler von Lebensqualität ist die *Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Ungleichheit*. Nicht durch entwürdigend empfundene Zahlung von Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe, nachdem die Arbeitslosigkeit eingetreten ist, sondern durch eine zukunftsorientierte Ausbildung, die Arbeitslosigkeit proaktiv verhindert, indem die Schulen breitere Fähigkeiten vermitteln (Leoni, 2015). Die niedrigen Einkommen müssen wesentlich stärker steigen als die höheren. Aber nicht unbedingt durch höhere Bruttoeinkommen, sondern durch »mehr netto aus brutto«. Die Belastung der Löhne durch Lohnsteuer und Sozialversicherung könnte halbiert werden (Aiginger, 2016A), erstens weil Erbschaften, Energie, Alkohol und Umweltbelastung stärker besteuert werden und zweitens durch eine niedrigere Gesamtabgabenbelastung, weil Folgeschäden bei Umwelt und Gesundheit entfallen.

Innovationen sind der dritte Pfeiler für den Erfolg. Die Produktivität soll aber nicht durch geringeren Arbeitseinsatz steigen, sondern durch Einsparungen bei Material und Energie (*Umlenkung des technischen Fortschritts*). Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage muss forciert werden, auch und gerade durch Investitionen in die Entkarbonisierung der Infrastruktur (Verkehr, Fahrzeuge, Gebäude) sowie durch soziale Innovationen. Die Exporte steigen durch Nutzung der Absatzmöglichkeiten auf den dynamischen Weltmärkten. Ziel ist aber nicht, Überschüsse zu erzielen, sondern bessere oder billigere Güter zu importieren und im Austausch dafür durch Qualitätsprodukte und Technologieexport die Lebensbedingungen auch in Ländern mit niedrigeren Einkommen zu verbessern.

Wenn Europa dynamischer ist, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit sinken, ökologische und soziale Innovationen forciert werden, dann steigt auch die Akzeptanz des europäischen Projekts. Eine Ursache für den Siegeszug des Populismus – hohe Arbeitslosigkeit und Konzentration des Reichtums an der Spitze – entfällt. Die Illu-

sion früheren Reichtums durch Renationalisierung wiederherzustellen, wird durch eine zukunftsorientierte Vision ersetzt.

5. Präferenzen für gemeinsame Ziele nutzen: Empowerment und Befähigung

Ein weiterer Erfolgsfaktor des Populismus ist das Gefühl der Fremdbestimmung. Die geforderte generelle Renationalisierung der Politik ist jedoch unmöglich, wenn die Probleme international oder sogar global sind. Wenn ein Land etwas gegen Klimaerwärmung unternimmt, hat es hohe Kosten, das Klima verbessert sich aber wenig. Wenn ein kleines Land seine Wirtschaft durch höhere Schulden beleben will, fließt ein Großteil der Ausgaben in die Auftragsbücher der Nachbarn. Ein Land kann ohne europäische Migrationspolitik nur löchrige Zäune bauen und nicht die Migranten entsprechend der Nachfrage auswählen oder ausbilden. Gesundheitspolitik, Bildung und neue Technologien erfordern internationale Zusammenarbeit.

Der beste Lösungsweg wäre, sich auf Ziele zu einigen und es dann den Mitgliedern zu überlassen, wie diese Ziele entsprechend den Möglichkeiten, der Ausgangslage und den Präferenzen am besten erreicht werden können. Diese Methode nutzt die europäische Regionalpolitik: Europa legt die Höhe der verfügbaren Förderungen fest (objektiviert durch den Einkommensrückstand und die Höhe der Arbeitslosenquote), die Region erstellt ein Konzept, ob die Gelder in Industrie, Gesundheitstourismus oder Infrastruktur investiert werden sollen. Das Burgenland hat zur Nutzung der europäischen Gelder mit Regionalplanung begonnen, vorher gab es weniger Förderung und diese ist in der Randzone zu Wien »versiegt«, weil Hauptstädte in einem kleinen Land immer den entscheidenden Einfluss haben.

Durch »Empowerment« oder »Befähigung«, regionale Innovationen entsprechend europäischen Regelungen (z.B. Forschungsprogramme, Steuertransparenz) durchzuführen, kann beides erreicht werden: Europäische Ziele werden gemeinsam definiert, der beste Weg, wie sie erreicht werden können, wird regional bestimmt. Die europäische Politik befähigt die Region, lokalen Präferenzen zu folgen und Innovationen zu generieren. Es gibt keine Fremdbestimmung durch eine engstirnige Bürokratie in Brüssel, sondern Europa ermöglicht die besten Lösungen durch Fördermittel, die national nie verfügbar wären (*Aiginger, 2017*).

6. Europa der multiplen Geschwindigkeiten: Irrwege und Potenziale

Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist auf den ersten Blick eine attraktive Lösung. »Wer mehr will, soll mehr machen können«, ist eines der fünf Szenarien des sogenannten »Weißbuches der EU Kommission« (*Juncker, 2017*).

Bevor mögliche Vorzüge dieses Szenarios dargestellt werden, zwei Warnungen: Erstens darf die Uraltdee eines Kerneuropa – bestehend aus »Deutschland plus den Braven« nicht aus der Mottenkiste geholt werden und zweitens darf kein »Europa à la carte« generiert werden, bei dem jeder macht, was ihm passt, und die Vorteile gemeinsamer Lösungen verloren gehen.

Die Idee eines »Kerneuropa« entstand aus der Partnerschaft zwischen den früheren Kriegsgegnern Deutschland und Frankreich. Sie ist als wirtschaftspolitisches Konzept gescheitert, weil es kaum größere Differenzen in der Politik gibt als zwischen Deutschland und Frankreich. Deutschland will keine sektorale Politik und erzielt

einen hohen Exportüberschuss, auch wenn dieser durch einen Niedriglohnsektor und ständige Interventionen für Auto- und Chemieindustrie zustande kommt. Frankreich hat ein hohes Außen- und Budgetdefizit, stemmt sich gegen die Globalisierung, steuert die Industrie durch Eliten und staatliche Netzwerke. Die Forschungsausgaben sind niedrig und konzentrieren sich in den großen Firmen der Weltraum-, Luftfahrt- und Rüstungsindustrie. Der Erfolg dieser auf Großunternehmen konzentrierten Industriepolitik ist daran zu messen, dass der Industrieanteil auf 10% geschrumpft ist und Staatsausgaben mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung absorbieren. Und wenn Deutschland und Frankreich dann noch mit Italien und Spanien einen »Vorreiberblock« für mehr Europa konstruieren wollen wie es in einer Tagung im März der Fall war, wird es skurril: in drei dieser vier sogenannten »Vorreiber« verlangt eine große Partei ein Referendum über den EU-Austritt. Die erfolgreicheren kleineren Länder sind nur Zaungäste, die Kommission und das Europäische Parlament werden ausgespielt.

Eine zweite Fehlentscheidung wäre die Möglichkeit eines Landes, bei jeder einzelnen Sachfrage für sich eine Ausnahme zu reklamieren. Dann wird nichts, was von Bedeutung ist, europäisch gesteuert. Kein Land wird mitmachen, wenn eine Lösung den allerkleinsten Nachteil hat oder erst später Vorteile bringt. In jeder Sachfrage braucht es Grenzkontrollen und 28 nationale Gesetze. Europa verliert auch die Möglichkeit, die weltweite Globalisierung mitzugestalten. Alle europäischen Staaten werden »fremdgesteuert«, am stärksten die kleinen.

Damit soll nicht gesagt werden, dass es gar keine Ausnahmen geben darf. Aber sie müssen zahlen- und bedeutungsmäßig begrenzt sein (etwa zwei bis drei »Opting Outs« pro Land), und bei jeder Ausnahme soll die Absicht bestehen, sie nach drei Jahren zu beenden (Sunset Principle). Und jedes Opting Out muss Kosten haben; z.B. wer bei der Aufteilung von Flüchtlingen und ihrer Schulung nicht mitmacht, bekommt weniger Mittel aus den anderen EU-Töpfen.

Eine schrittweise Vorgangsweise kann und wird es bei Beitritten zur EU geben. Nicht alle vier »Freiheiten« müssen gleichzeitig akzeptiert werden. Aber es muss die Absicht bestehen, so viele Materien wie möglich gemeinsam zu regeln. Ein Europa à la carte mit einer seitenlangen Speisekarte und täglich neuen Sonderwünschen hilft weder einem Mitglied noch einem Beitrittswerber.

7. Nachbargürtel entscheidet über Zukunft: Euro-ERP plus Schumpeter

Ein erfolgreiches Europa, das sich der Destabilisierung durch Russland oder einer neuen Großmacht im Osten (Iran, Türkei) entziehen will und trotz Verachtung durch die USA die Regeln der Globalisierung beeinflussen will, braucht ein stabiles Umfeld. Dieses erfordert erstens materielle Leistungen Europas, etwa durch hohe Investitionen in der Nachbarschaft (vom Schwarzmeerraum, über den Nahen Osten bis Nordafrika). Und zweitens ein gegenseitiges Verständnis von Problemen und Gesellschaftssystemen durch eine Einladung an die Führungskräfte der Nachbarländer.

Blicken wir zurück: Die USA standen 1945 vor der Frage, wie sie mit dem Kriegsverlierer Europa umgehen sollten. Eine Alternative wären harte Friedensbedingungen und Reparationszahlungen gewesen, die andere die materielle Unterstützung des Wiederaufbaus und die Einladung politischer und wirtschaftlicher Führungskräfte. Durch die Entscheidung Harry Trumans für den Marshallplan wurde Europa für die USA ein

stabiler, dynamischer Absatzmarkt. Durch die Fulbright-Stipendien besuchten die europäischen Führungskräfte amerikanische Universitäten und Institutionen. Über den genauen Mitteleinsatz, die Auswahl der Studierenden und Experten im Austauschprogramm, die Investitionsprojekte durften die Länder selbst entscheiden (mit Beratung durch gemischte Kommissionen). Die rückfließenden Mittel konnten später für neue nationale Forschungs- und Entwicklungsprogramme verwendet werden.

Mit einer ähnlichen Investitionsoffensive – nennen wir sie Euro-ERP – kann und muss Europa seinen Nachbargürtel wirtschaftlich, politisch und sozial stabilisieren. Und es kann seine moderne Technologien nicht zuletzt jene zur Nutzung alternativer Energie hier günstig einsetzen. Der europäische Nachbargürtel wächst, wenn es politische Stabilität gibt um 5% bis 10% pro Jahr im Vergleich zum heutigen EU-Gebiet, das Wachstumsraten von höchstens 2% erwarten kann. Und wenn der Nachbargürtel rasch wächst, sinkt die unkontrollierbare Migrationswelle, Europa kann qualifizierte Arbeitskräfte anwerben oder Migrantinnen, die sich im Ausbildungsalter befinden, in den Lern- und Arbeitsprozess einführen.

Im einem »Schumpeter-Programm« kann Europa die Ausbildungssysteme für mittlere Fachkräfte in den Nachbarländern verbessern und Spitzenkräfte einladen. Dies bringt nicht nur wissenschaftliche Gewinne, sondern fördert auch das Zusammenspiel von Wertesystemen. Innovationen durch Vielfalt und Markterweiterung veranlassen uns, für dieses Programm den Namen »Schumpeter-Stipendien« vorzuschlagen, wobei Stipendien auch die mittlere Ausbildung, den Berufseinstieg und die Firmengründungen umfassen sollen. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat in Wien Fußball gespielt, aber sein Team hat nicht die Vorteile interkultureller und internationaler Zusammenarbeit, z.B. zwischen Kurden und Türken, gelernt. Der Beitrittsantrag der Türkei – ebenso wie der arabische Frühling – wurden zwanzig Jahre von Europa ignoriert. Es wurden viele negative Signale geschickt (»Volksabstimmung auch bei Erfüllung aller Bestimmungen«, »Türkei liegt nicht in Europa«), bis die Anti-Europastimmung eine autoritäre Linie plus der Illusion einer neuen türkischen Großmacht ermöglichte (eine Politik, die nun auch von in Deutschland und Österreich lebenden Türken stark befürwortet wird).

8. Zusammenfassung

(1) Die Attraktivität des europäischen Einigungsprozesses ist trotz erwiesener Erfolge gesunken. Der Friede und die Freiheiten, zu reisen, zu arbeiten, zu studieren, und der Euro werden im Alltag für selbstverständlich genommen, bei allfälligen Krisen aber zum Schuldigen erklärt. Wohlfahrtsgewinne durch die europäische Integration werden der eigenen Tüchtigkeit oder der nationalen Politik zugeschrieben. Europäische Politik und noch mehr die Globalisierung werden als fremdbestimmt betrachtet. Empirisch haben beide Formen internationaler Öffnungen (Integration, Globalisierung) die absolute Armut weltweit reduziert und in Europa praktisch eliminiert. Sie haben die Vielfalt der Produkte gesteigert und viele Güter erstmals für breite Schichten der Bevölkerung leistbar gemacht. Die Lebenserwartung als objektivstes Signal der Wohlfahrt steigt jedes Jahr um drei Monate, auch in reichen Ländern und bei schon hohem Ausgangswert, sie ist in Europa deutlich höher als in den USA.

(2) Besonders seit der Finanzkrise ist auch objektiv ein höherer Problemdruck zu spüren und Grenzen der europäischen Erfolge werden sichtbar und spürbar. Die

europäische Wirtschaft hat fast ein Jahrzehnt gebraucht, um ihre Vorkrisenwerte zu erreichen. Der Aufholprozess Südeuropas wurde jäh gestoppt; nicht alle Regionen Zentral- und Osteuropas können an das Vorkrisenwachstum anschließen. In ehemaligen Industrieregionen steigt die Arbeitslosigkeit und in ländlichen Regionen dominiert die Abwanderung. Die Ungleichheit der Einkommen steigt, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 20%. Der Emissionshandel ist zusammengebrochen und das lädt dazu ein, als Ergänzungsenergie wieder Kohle einzusetzen. Wenn die tatsächlichen Emissionen nicht den Richtwerten entsprechen, wird im Labor schlechter geprüft und nicht die Richtlinien verschärft. Hohe Subventionen für fossile Energie behindern ökologische Innovationen.

(3) Der Problemdruck betrifft vor allem weniger qualifizierte und unflexible Arbeitskräfte. Ausbildung und Sozialsysteme befähigen nicht zum Wandel, die resultierende Arbeitslosigkeit wird bezahlt. Wenn das zu teuer ist, werden die Zahlungen gekürzt und mit hohem Misstrauensvorschuss verbunden. In dieser Situation entsteht für Verlierer im strukturellen Wandel die Illusion, dass individuell und auf nationaler Ebene die Rückkehr zu früheren Zuständen die Problemlösung wäre. Diese Schlussfolgerung ist wirtschaftlich doppelt falsch, erstens weil die Einkommen früher im Durchschnitt viel niedriger lagen und zweitens die Wahlmöglichkeiten geringer waren. Noch vor einer Generation hatte es massive Altersarmut gegeben, und auch politische Konflikte und Kriegsgefahr nahe der österreichischen Grenze. Es gab Tote am »Eisernen Vorhang«, Konflikte mit Kroaten und Slowenen, und Bomben in Südtirol, um nur die Situation in Österreich in Erinnerung zu rufen. Ein »Zurück zu alter Größe« ist in Wirklichkeit ökonomisch ein Abstieg und bedeutet die Rückkehr zu alten Konflikten..

(4) Populistische Parteien kombinieren echte Probleme mit falschen Illusionen zu einer Agenda, die die wirtschaftlichen Probleme verstärkt. Durch den steigenden Leistungsdruck und den Aufbau eines Außenfeindes kann die Herrschaft einer nationalistischen Partei zementiert und demokratische Spielregeln (Gerichte, Medienfreiheit) ausgesetzt werden. Dies auch, wenn ihre Legitimation nur durch eine Minderheit entstanden ist und ökonomische Verschlechterungen eintreten, wie z. B. in Ungarn. Russland mit seinen autoritären Zügen und schwacher Wirtschaft wird als Vorbild und Partner gesehen, selbst in Ländern, die unter der Besatzung der Sowjetunion ihre größte Fremdbestimmung erlebt hatten.

(5) Die Antwort auf Nationalismus und Populismus muss eine aktive Problembewältigung in Europa sein. Als neue gemeinsame Aufgabe kann sich Europa das Ziel setzen, die Region mit der höchsten Lebensqualität zu werden. Breite Beyond-GDP-Ziele oder Nachhaltigkeitsindikatoren sollen das neue Leistungsmaß werden, das das Bruttoinlandsprodukt und sein Wachstum ablöst. Steigende Lebensqualität kann an drei Säulen gemessen werden: erstens an der wirtschaftlichen Dynamik (aber besonders der niedrigen und mittleren Einkommen), zweitens an der Verringerung der Ungleichheit und Arbeitslosigkeit und drittens an ökologischen Investitionen, die Europa zum Technologieführer bei neuen Energien machen. Alle drei Ziele müssen in eine integrierte Strategie (nicht in »Silostrategien«) eingebaut werden. Europa gibt dabei die Ziele vor und schafft Rahmenbedingungen (z.B. durch Steuertransparenz und Verbot von Subventionen für fossile Energie). Die Mitgliedsländer bestimmen die Programme und Prozesse, die die Lebensqualität am besten erhöhen. Damit wird der Widerspruch aufgelöst, dass einerseits die Probleme immer globaler werden, ande-

rerseits europäische Lösungen als bürokratisch und zentralistisch kritisiert werden.

(6) Das Konzept der Befähigung der Länder (Empowerment), ihre Probleme durch gemeinsame Regeln effektiver und bürgernäher zu lösen, ist dem Konzept eines Europas der vielen Geschwindigkeiten überlegen. Bei letzterem ist besonders problematisch, wenn eine Gruppe größerer Länder sich als Vorbild betrachtet und Entscheidungen dominieren will. Es ist auch nicht möglich, dass sich jedes Land jederzeit entscheiden kann, wo es mitmacht und wo nicht (Europa à la carte). Zeitliche, themen- oder zahlenmäßig begrenzte Differenzen kann es geben: sie sind im Beitrittsprozess neuer Länder wahrscheinlich unvermeidbar. Aber sie müssen limitiert und mit Kosten verbunden sein. Wer bei vereinbarten Lösungen nicht mitmacht, muss höhere Beiträge zahlen.

(7) Europa aktiv zu reformieren und zur Region mit der höchsten Lebensqualität zu machen, ist die bessere Antwort auf die geringe Dynamik, Ungleichheiten und Unzufriedenheit, verglichen mit Zäunen, Nationalismus und verringerten Innovationen und Mobilität. Eine erfolgreiche europäische Politik muss die Potenziale der Nachbarschaft nutzen. Die Nachbarländer von der Schwarzmeerregion bis nach Nordafrika haben ein weit höheres potenzielles Wachstumstempo als die heutige EU. Aber die Stabilität muss durch materielle Investitionen Europas aktiviert und verstärkt werden, also etwa durch ein Euro-ERP-Programm, ähnlich dem Marshallplan der USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf der immateriellen Seite muss das gegenseitige Verständnis zwischen den Nachbarn und Europa verbessert werden, etwa durch ein »Schumpeter-Programm«, in dem die Nachbarn von der europäischen Berufsausbildung lernen und zukünftige Führungskräfte an Universitäten eingeladen werden.

(8) Eine proaktive Antwort auf Populismus und Nationalismus kann Europa zu einem attraktiven Modell machen für Europäer, für unsere Nachbarn und andere Weltregionen. Nur eine verbesserte Europastrategie kann den dreifachen Angriff auf den europäischen Einigungsprozess durch die neue US-Regierung, Russland und die nationalistischen Strömungen in Europa abwehren. Ein gemeinsames, reformiertes Europa kann dann auch gemeinsam die Regeln der Globalisierung mitbestimmen.

Literaturhinweise

- Aiginger, K. (2017A), Mehr nationale Souveränität durch eine neue Europapolitik – *Das Dilemma zwischen globalen Herausforderungen und nationalem Gestaltungswunsch*, Querdenkerplattform: Wien–Europa, Working Paper 1/2017, Wien.
- Aiginger, K. (2017B), *Wie ein starkes Europa mehr nationalen Spielraum schaffen könnte*, Querdenkerplattform: Wien–Europa, Policy Brief 1/2017, Wien.
- Aiginger, K. (2017C), *How a strong Europe could create more national scope of action*, Policy Crossover Venter: Vienna–Europe, Flash Paper 1/2017, Vienna.
- Aiginger, K., *New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition*, WWWforEurope Executive Summary, Vienna, Brussels, 2016. <http://Synthesis-Summary.foreurope.eu>.
- Aiginger, K., *The Europe 2020 strategy at midterm: Disappointing assessment calls for an urgent change driven by long run priorities*, WWWforEurope Policy Paper No. 17, October 2014.
- Arrow, K., *Welcoming Address at WWWforEurope Final Conference*, February 25th, 2016, Brussels, http://www.foreurope.eu/fileadmin/events/Final_Conference/Welcoming_Address_Arrow.pdf
- Bayer, K., *Wie könnte »gute« Globalisierung aussehen?* ÖGfE Policy Brief 24. Oktober 2016
- Buti, M., Pichelmann, K., *European Integration & Populism – Addressing Dahrendorf's Quandary*, LUISS School of European Political Economy Policy Brief, 30.01.2017.
- Demertzis M, Sapir A, Wolff G., *Europe in a new world order*, Breugel Policy Brief, February 2017.

- Gill, I., Raiser, M., *Golden Growth: Restoring the Lustre of the European Economic Model*, The World Bank, 2012. <http://www.worldbank.org/en/region/eca/publication/golden-growth> IEA World Energy Outlook, 2016.
- Juncker, J.-C., *White Paper on the Future of Europe*, European Commission COM2017(2025), 1 March, 2017.
- King, B., Ribbe, L., *The transition towards a more sustainable European Future – a strategy for 2050*, European Economic and Social Committee, SC/047, 2017.
- Leoni, T., *Welfare state adjustment to new social risks in the post-crisis scenario. A review with focus on the social investment perspective*, WWWforEurope Working Paper, 2015, (89).
- Rodrik, D., *There is no need to fret about deglobalisation*, Financial Times October 4, 2016.
- Sachs, J.D., Financial Times, August 19, 2008.
- Schratzenstaller, M., *Multilaterale Ansätze zur Lösung multilateraler Problem. Gemeinsame Steuerpolitik ermöglicht nationale Handlungsspielräume*, ÖGFE Policy Brief, März 2015.
- Stiglitz, J., *Globalization and Its Discontents*, 2003.
- Summers, L., *Voters deserve responsible nationalism not reflex globalism*, July 10, 2016. Michael J. Boskin: *The Lessons of America's Election* (Project Syndicate, 13.12.2016)
- The Economist, *Soft Power, Buying Love*, 25.3.2017, S. 26 ff.

Anmerkungen

- ¹ Schlusskonferenz des WWWforEurope-Projektes, vgl. auch Aiginger (2016).
- ² Kurden, Albaner, »Diebstahl« des Namens »Alexander der Große« für eine Autobahn.
- ³ Der tatsächliche Erfolg kann an den »Better Life Indikatoren« der OECD oder den »Nachhaltigkeitszielen« der Vereinten Nationen gemessen werden.